

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**



**der 53. Sitzung der**

**XX. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Donnerstag, 03. Juli 2014**

**16.34 Uhr - 17.23 Uhr**

## **Inhalt**

### **Landtag**

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6244)

### **Landesregierung**

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut **B i e l e r** (S. 6244)

### **Beginn der Sitzung: 16 Uhr 34 Minuten**

**Präsident Gerhard Steier:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Sitzung des Burgenländischen Landtags. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ich ersuche die Frau Schriftführerin Abgeordnete Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Schriftführerin.

### **Mitteilung des Einlaufes**

**Schriftführerin Andrea Gottweis:** Einlauf für die 53. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt.

1. Der Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2015 (Zahl 20 - 609) (Beilage 1012) und

2. der Beschlussantrag über die Kenntnisnahme der 4.Fortführung des Finanzplanes für die Jahre 2011 bis 2015 (Zahl 20 - 610) (Beilage 1013).

**Präsident Gerhard Steier:** Danke Frau Schriftführerin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler vornehmen.

Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und sie ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

### **1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2015**

**Präsident Gerhard Steier:** Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2015.

Ich darf den Herrn Landesrat ersuchen, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind, mit der Budgetrede zu beginnen.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Helmut Bieler:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrte Damen und Herren! In Budgetpolitik rot-gold steckt 100 Prozent Burgenland, 100 Prozent solide Finanzpolitik. Das Budget 2015 ist der 15. Landesvoranschlag, den ich dem Hohen Haus vorlegen darf. Er ist das Abbild der stabilen Finanzlage des Burgenlandes und spiegelt die erfolgreiche Umsetzung des Investitions- und Konsolidierungspfades wider.

Die Fortführung des Doppelbudgets ist der Stabilitätspakt für das Burgenland. Nachhaltiges Denken und Handeln ist die Handschrift, mit der es geschrieben wurde. Mit der Erfahrung und dem Wissen der Vergangenheit bauen wir am nachhaltigen Finanzfundament des Burgenlandes weiter.

Budgetpolitik rot-gold verwirklicht Zukunftsvisionen. Wir haben in den letzten Jahren Ziele erreicht, die vor Jahrzehnten vielen Skeptikern ein Lächeln gekostet haben. Wir können zu Recht stolz sein, wenn das „Land der Konjunktursonne“ – wie uns Wirtschaftsforscher Dr. Christian Helmenstein bezeichnet – zwei Jahre in Folge als Wirtschaftswachstumssieger strahlt.

Vor 50 Jahren gab es im Burgenland 40.500 Arbeitsplätze, heute sind es 101.000 Beschäftigte. Das ist ein in Zahlen ablesbarer Erfolg. Eine Bestätigung, dass unser eingeschlagener Weg stimmt und wir die besten Voraussetzungen für den Aufwärtstrend unseres Heimatlandes geschaffen haben.

Budgetpolitik rot-gold heißt Fortschritt statt Stillstand. Durch nachhaltige Maßnahmen im Forschungsbereich, wie die Neupositionierung der Forschung Burgenland, sind wir auf einem zukunftsorientierten Weg in Richtung wissenschaftlicher europäischer Forschungsregion. Jahrelang ist uns als Schlusslicht im Bundesvergleich keine Verbesserung der Forschungsquote gelungen. Das ist nun vorbei. Jetzt arbeiten wir an mehr als 40 Forschungsprojekten und bauen beispielsweise mit dem Energetikum in Pinkafeld die Forschungsinfrastruktur kräftig aus.

1997 wurde der erste EU-geförderte Windpark im Burgenland errichtet. Mit Jahresende wird das Land über fast 400 Windkraftanlagen verfügen. Heute deckt das Burgenland mehr als 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonnenenergie und Biomasse ab. Wir sind vom Stromimport- zum Stromexportland geworden. Als Modellregion ein Vorbild für ganz Europa.

100 Prozent Burgenland heißt auch 100 Prozent Bildungschancen. 1970 hatten wir insgesamt 445 Maturanten im Land. Heute sind es fast viermal so viele. Mit einer Maturanten-Quote von fast 50 Prozent (genau 48,9%) können wir einen Spitzenwert vorweisen. Wir sind im Bundesländerranking vom letzten auf den ersten Platz gerückt. Auch bei den Studierenden liegt das Burgenland auf den vorderen Plätzen. Aus dem „Land der Bildungsschande“ - wie es genannt wurde – ist das „Land der Bildungschancen“ geworden. Das Burgenland ist das erste Bundesland mit Vollausbau der Neuen Mittelschule. Bildungspolitik ist die beste Wachstumspolitik. Und das Burgenland ist dafür ein Paradebeispiel.

Wirtschaft, Beschäftigung, Bildung, Forschung und erneuerbare Energie als Beispiele für den erfolgreichen burgenländischen Weg. Das Schlusslicht von einst ist Vorreiter geworden, in vielen Bereichen.

Der Blick zurück prägt und lehrt, aber die Erfolge von morgen beginnen heute. Ein kontinuierlicher Wirtschaftsaufschwung und eine stetige Weiterentwicklung brauchen einen guten und stabilen institutionellen Rahmen. Das ist unsere Aufgabe, die wir für die Zukunft der BurgenländerInnen übernommen haben: 100 Prozent für den Aufwärtstrend des Burgenlandes zu geben.

Budgetpolitik rot-gold ist deshalb wachstums- und beschäftigungsorientiert, sichert nachhaltig die soziale Stabilität in unserem Land. Wir tätigen Investitionen, die nicht im Sand verlaufen, sondern gezielt und überlegt das stabile finanzielle Mauerwerk weiter festigen. Gesunde Landesfinanzen stärken das Burgenland und schaffen notwendige Freiräume, um in wichtige Schlüsselbereiche zu investieren.

Jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages bringt nachhaltiges Wachstum, um die Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern, soziale Sicherheit und Ruhe zu gewährleisten und die Lebensqualität im Burgenland für jede Einzelne und jeden Einzelnen so hoch wie möglich zu halten. Im Vergleich zum Vorjahr haben wir die Investitionsquote weiter gesteigert.

Die Gesamtausgaben im Landesvoranschlag betragen 1.102,2 Mio. Euro. Davon werden rund 219,5 Mio. Euro für Investitionen beziehungsweise für investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet, als Impulsgeber in Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Wohnbaumaßnahmen. Das sind um 12,5 Mio. Euro mehr

als im Vorjahr. Mit dieser Investitionsquote von rund 20 Prozent liegt das Burgenland weiterhin im absoluten Spitzenfeld.

Budgetpolitik rot-gold stellt an sich den Anspruch der Verteilungsgerechtigkeit, blickt nach vorne und richtet sich nach den Bedürfnissen der Burgenländerinnen und Burgenländer. Fast zwei Drittel aller Ausgaben 2015 entfallen auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung und kommen somit direkt den Menschen im Land zugute.

Aber vor allem ist Budgetpolitik rot-gold sparsam gehalten. Wir können keine Ausgabe zulassen, die sich nicht effizient für die Landesentwicklung bewährt. Gewissenhafte Planung und langjährige Erfahrung sind notwendig, damit wir auch in Zukunft den Freiraum für notwendige Investitionen haben. Deshalb hat das Burgenland in den letzten Jahren mit einem stabilen Landesvoranschlag eine solide Basis für die Zukunft gelegt.

Seit der Beschreitung des notwendigen Konsolidierungsweges ist eine ausgabenseitige Einsparung von 120 Mio. Euro gelungen. Ein enormer Kraftakt, der durch engagierte Budgetdisziplin der Regierungsmitglieder umgesetzt werden konnte. Der vorliegende Budgetentwurf ist der sichtbare Beweis für 100 Prozent Stabilität und Kontinuität. Das Burgenland steuert auf einem sicheren Finanzpfad Richtung Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Steuern sind - es steckt bereits im Namen - ein Element der Steuerung. Für mich als sozialdemokratischen Finanzlandesrat das wichtigste Steuerungselement, der starke Hebel für soziale Gerechtigkeit. Die Bevölkerung ist der Gradmesser, ob dieses Steuerungselement richtig eingesetzt wird.

Im Rahmen einer SORA-Umfrage wünscht sich jeder Dritte Österreicher einen „starken Führer“ (*Abg. Johann Tschürtz: Wie bitte? – Abg. Johann Kölly: Das ist aber jetzt ein Scherz oder?*) der sich nicht um Wahlen und Parlament kümmern muss. Ein Alarmzeichen und deutliches Signal oder Jammern auf hohem Niveau?

Österreich ist das zweitreichste Land in der Europäischen Union und nimmt laut Allianz Global Wealth Report nach Netto-Geldvermögen pro Kopf den 16. Platz unter den reichsten Ländern der Welt ein. Aber wem gehört dieser Reichtum? Das verdeutlicht eine aktuelle Studie der Europäischen Zentralbank (EZB).

Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt über 470 Mrd. Euro. Das ist fast ein Viertel des gesamten österreichischen Privatvermögens. Der Großteil des Vermögens (59 Prozent) verteilt sich auf 5 Prozent der Bevölkerung. Die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung besitzen 2,8 Prozent. Trotzdem ist der Steuersatz auf Vermögen in Österreich extrem gering. Wir belegen Platz 31 von 34 OECD-Ländern.

Im Gegensatz zu Vermögen wird Arbeit in Österreich mit über 41 Prozent steuerlich extrem stark belastet. Aktuelle Zahlen von Eurostat zeigen, dass Österreich im EU-Vergleich die dritthöchste Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit hat. Fast erdrückt von der gewaltigen Steuerlast herrscht immer lauter werdende Unruhe in der Bevölkerung. All diese Fakten und angeführten Studien belegen deutlich, wie notwendig eine rasche Steuerreform ist.

Wenn die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer, dann steuern wir falsch. Wir segeln in die falsche Richtung und werden früher oder später Schiffbruch erleiden. Wenn der Großteil der Bevölkerung (*Abg. Johann Tschürtz: Ist das jetzt eine Budgetrede?*) aufgrund der hohen Steuerlast kein Geld hat, um zu investieren, stagniert die Wirtschaft.

Wirtschaft- und Fiskalpolitik sind Steuerungsmittel für die Allgemeinheit! Der Bund ist gefordert, das Ruder in die Hand zu nehmen. Die Richtung heißt Steuerreform und das Ziel soziale und politische Stabilität in Österreich!

Ein Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit Thomas Piketty zu seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ bringt es sinngemäß auf den Punkt: „Die neoliberale Marktwirtschaft soll nicht die Demokratie beherrschen, vielmehr soll die Demokratie der Marktwirtschaft einen Rahmen setzen“. Die Politik ist dazu da, Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das rot-goldene Budget 2015 gibt diese notwendigen Rahmenbedingungen vor. Es repräsentiert den gemeinsamen politischen Willen der Burgenländischen Landesregierung. Wir sind nicht immer einer Meinung, es gibt Differenzen, Auseinandersetzungen und das ist auch gut so. Es sind genau diese Diskussionen, die die Entwicklung schüren und die notwendigen Entscheidungsprozesse nähren, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Am Ende zählt der erarbeitete Konsens, mit dem Blick auf das Wesentliche: Den erfolgreichen Aufwärtstrend unseres Heimatlandes fortzuführen.

Wir sparen dort, wo es sinnvoll ist, um Freiräume für notwendige Investitionen zu schaffen. Sozial gerecht und zukunftsorientiert. Das ist der burgenländische Weg. Gemeinsam 100 Prozent für das Burgenland zu geben. Diesen Blick auf das Wesentliche fordere ich auch vom Bund ein und schließe mich der Forderung unseres Herrn Landeshauptmannes Hans Niessl nach einer raschen Steuerreform an, die bereits mit 1. Jänner 2015 in Kraft treten soll. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Notwendigkeit einer Kursänderung und einer Steuerreform zur Entlastung der privaten Haushalte zeigen auch die aktuellen Wirtschaftsprognosen. Die mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2018 wird mit den Schlagworten: „Verhaltenes Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und Budgetkonsolidierung prägen Wirtschaftsentwicklung“, betitelt. Insbesondere werde der private Konsum nur verhalten wachsen (1,1 Prozent p.a.), da die Sparneigung der privaten Haushalte, welche seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beobachtet wird, weiter zunimmt. Das zeigt deutlich – wir müssen mit den notwendigen Entlastungen die Rahmenbedingungen für die Bevölkerung schaffen, damit wir uns aus der Krise hinausinvestieren können, anstatt uns noch tiefer hinein zu sparen!

Der WIFO Prognose für 2015 ist zu entnehmen, dass sich die Konjunktur im Euro-Raum nur schleppend erholt und die Mitgliedstaaten bedingt durch die Finanzmarktkrise nach wie vor mit Ausgabenzurückhaltung reagieren.

Österreichs Wirtschaftswachstum wird zusätzlich in großem Ausmaß durch die Ukraine-Krise bedroht. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) hat zwar ihre Prognose für das heimische Wirtschaftswachstum für heuer bei 1,6 Prozent beibehalten und auch die Vorschau für 2015 (BIP-Plus von 1,9 Prozent) nicht verändert. Die Prognose ist aber aufgrund der Ukraine-Russland-Krise mit einem Abwärtsrisiko behaftet. Für 2016 geht die Notenbank von einer Wachstumsbeschleunigung auf 2,1 Prozent aus. Der Aufschwung wird laut OeNB erst 2015 und 2016 von der Inlandsnachfrage getragen. Heuer sollte es überwiegend der Export sein.

Anders als im Dezember, zur Zeit der letzten Prognose, sind jetzt erste Rechnungen für die neuen Staatshilfen an die Krisenbank Hypo Alpe Adria in die Prognose eingeflossen. Demnach wird die Staatsschuldenquote für heuer bei 79,2 Prozent gesehen, 2015 sollte sie auf 77,5 Prozent und 2016 auf 75,3 Prozent zurückgehen.

In absoluten Zahlen rechnet der Bund in seinem Stabilitätsprogramm mit einer Defizitwirkung der Hypo Alpe Adria Bank und der geplanten Abwicklungsgesellschaft im Jahr 2014 von bis zu 4 Mrd. Euro und mit einer Auswirkung auf die Schuldenrechnung von rund 17,8 Mrd. Euro.

Hohes Haus! Ernüchternd ist ein Blick auf den europäischen Arbeitsmarkt. Griechenland und Spanien haben nach der Eurostat-Definition Arbeitslosenquoten jenseits der 25 Prozent. Bei der Jugend schaut es besonders düster aus: Italien kämpft mit 42 Prozent, Griechenland mit 59 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Österreich hingegen steht im internationalen Vergleich relativ gut da: Mit 4,9 Prozent nach Eurostat liegen wir bei der Gesamtarbeitslosigkeit in Europa an bester Stelle. Grund zum Jubeln gibt es jedoch keinen. Für österreichische Verhältnisse ist die aktuelle Arbeitslosenquote hoch.

Insgesamt wird die österreichische Wirtschaft 2014 und 2015 zu wenig wachsen, um eine anhaltende Verringerung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Im Laufe des Jahres wird sich die Zahl der Arbeitslosen auf über 300.000 erhöhen, 2015 weiter auf 314.000. Gleichzeitig wächst das Arbeitskräfteangebot anhaltend, ebenso die Beschäftigung. Angesichts dieser noch immer schwierigen nationalen und internationalen Voraussetzungen ist die Wirtschaftswachstumsentwicklung des Burgenlandes besonders erfreulich.

Wir haben uns vom Schlusslicht an die Spitze gekämpft. Der Bundesländeranalyse der Bank Austria vom Mai ist zu entnehmen, dass das Burgenland zum zweiten Mal in Folge der Wachstumsspitzenreiter Österreichs mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um über 3 Prozent war (genau +3,1 Prozent). In Österreich sank das Wirtschaftswachstum auf 0,4 Prozent (2012: +0,9 Prozent). In den meisten Bundesländern war die Wirtschaftsdynamik aufgrund fehlender Impulse von außen, aber auch durch den schwächelnden Konsum, geringer als im Jahr 2012.

Zurückzuführen ist dieser überdurchschnittliche Wert im Burgenland laut externen Analysten auf eine starke Entwicklung in verschiedenen Bereichen. Weit überdurchschnittlich expandierte die regionale Sachgütererzeugung, auch die Bauwirtschaft verzeichnete wie letztes Jahr ein Plus. Im Burgenland sieht man abermals deutlich, dass sich die burgenländische Wohnbauförderung mit ihrem Rekordniveau – allein 2015 stehen insgesamt 125,5 Mio. Euro zur Verfügung – nicht nur direkt, sondern auch über die Umwegrentabilität bezahlt macht.

Ein Wermutstropfen trübt auch heuer wieder die Freude über das Wirtschaftswachstum. Im Burgenland verschlechterte sich trotz der guten Wirtschaftsentwicklung die Lage am Arbeitsmarkt 2013 weiter. Aufgrund der hohen Wachstumsdynamik entstanden zwar neue Arbeitsplätze, doch auch die Arbeitslosigkeit stieg - angebotsseitig bedingt - an. (*Abg. Johann Tschürtz: Ah so?*)

Im Jahr der Jugend darf ein positiver Trend nicht unerwähnt bleiben: Bei den jungen ArbeitnehmerInnen entspannt sich die Lage am Arbeitsmarkt seit Jahresbeginn. In diesem Bereich werden konsequent entsprechende Maßnahmen getroffen. Land und AMS investierten in den vergangenen zehn Jahren rund 40 Mio. Euro in die Berufsausbildung junger Menschen. 2009 wurde gemeinsam mit den Sozialpartnern ein 9 Mio. Euro Jugendpaket geschnürt, mit 1.000 Ausbildungs- und Beschäftigungsplätzen für junge Menschen bis 25 Jahre. Wir lassen keinen Jugendlichen zurück und übernehmen hier die Vorreiterrolle bundesweit. Arbeit durch Qualifizierung und Ausbildung für jeden Jugendlichen – das ist der burgenländische Weg.

Das muss auch für ganz Österreich gelten, um die Situation am Arbeitsmarkt weiter zu entschärfen. Es geht darum, nicht wegzuschauen, wenn Jugendliche sich keiner

Ausbildung unterziehen. Bei Menschen mit einer Facharbeiterausbildung beträgt die Arbeitslosenquote 6 Prozent, bei jenen, die nur die Pflichtschule oder gar keinen Abschluss haben, bei 20 Prozent.

Im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz unter Vorsitz von Hans Niessl wurde das Projekt „Ausbildung bis 18“ begrüßt und breite Zustimmung der Länder zur Umsetzung und Mitarbeit bekundet. Es geht bei Diskussionen um Bildung immer um jene Generation, die künftig das Burgenland prägen, tragen und bestimmen wird. Deshalb ist auch der eingeschlagene Weg zu einer Ausbildungspflicht analog der Schulpflicht ein wichtiges und weitreichendes Zukunftsprojekt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Die Erfahrung von heute sichert die Erfolge von morgen. Aus Missständen müssen entsprechende Lehren gezogen werden und diese dürfen sich nicht ungestraft und unkontrolliert fortsetzen.

Auch heuer möchte ich meine klare Forderung wiederholen. Ganz Europa muss politische Lehren aus den vergangenen Krisenzeiten ziehen:

- Die Realwirtschaft in den Mittelpunkt stellen;
- den Finanzsektor durch Regulierung stabilisieren;
- Steuerdumping beziehungsweise Spekulationsgeschäfte innerhalb Europas durch eine klare gemeinsame Politik verhindern.

Es bleibt zu hoffen, dass ein weiterhin konservativ ausgerichtetes Europa diese Warnsignale wahr nimmt und als Regulator für Banken und Spekulanten auftritt. Ausgewogene Konsolidierung und offensive Investitionen müssen in Zukunft Hand in Hand gehen.

Bundesweit begleitet uns seit vielen Monaten ein Missstand, wenn es um Budgetpolitik geht. Der Hypo-Skandal ist allgegenwärtig und hatte jetzt erstmals auch direkte Auswirkungen für das Burgenland durch die Reaktion der Rating Agenturen auf das Hypo-Sondergesetz. 11 Banken und auch 3 Länder wurden auf die „Watch-List“ gesetzt. Innerhalb von 90 Tagen soll entschieden werden, ob ein Downrating erfolgen wird.

Meine Damen und Herren, ganz offen gesagt: Ich sehe diesem Schauspiel äußerst gelassen entgegen. Weil ich erstens an die Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes glaube, denn es steht erstmals das Bemühen im Vordergrund, den Schaden nicht auf die Steuerzahler, sondern auf die Verursacher abzuwälzen. Und weil ich zweitens weiß, dass dieses Spektakel nichts mit der Finanzkraft des Burgenlandes zu tun hat, selbst wenn die Zinsen für den Bund und die Länder steigen sollten.

Das Burgenland steht auf einem stabilen Fundament. Ein gemäßigter Konsolidierungskurs hat das Burgenland sicher und sozial verträglich durch die Krise gesteuert. Stabilität und Wachstum sind weiterführend gleichrangige Ziele im Landesbudget 2015. Daran ändert auch ein Säbelrasseln der Ratingagenturen nichts.

Wir scheuen auch nicht davor, uns jedes Jahr von einer der bekanntlich strengsten Ratingagenturen, Standard & Poor's, genau überprüfen zu lassen. Beim Rating Update im Mai wurde die Fähigkeit des Landes, seinen Finanzierungsverpflichtungen nachzukommen, kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A1+ ausgezeichnet, langfristig gab es die Note AA+.

Der Vermögens- und Finanzkraft wird in Kenntnis sämtlicher Verbindlichkeiten, beziehungsweise Haftungen, ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die sehr niedrige und stabile



Verschuldung und der ausgezeichnete Zugang zu Liquidität sind die Hauptgründe für die hervorragende Bewertung der burgenländischen Finanzgebarung. Wenn der institutionelle Rahmen nun aufgrund der Hypo-Krise als instabil angesehen wird, ist das nichts was das Burgenland aus eigener Kraft ändern könnte. Wir sind für die Finanzkraft des Burgenlandes verantwortlich und diese wird äußerst positiv bewertet.

Das ist die Bestätigung, dass unser eingeschlagener Weg stimmt und wir die besten Voraussetzungen für den Aufwärtstrend unseres Heimatlandes geschaffen haben. Dies ist uns gelungen, obwohl wir ein schweres Erbe zu tragen hatten.

Ich darf erinnern: Kommunalkredit, Volksbanken AG, Raiffeisen, Erste Bank und Hypo Alpe Adria: In all diesen Fällen hat der Bund „gelöscht“ wenn es „gebrannt“ hat. Die Bank Burgenland findet man in dieser Liste der staatlich gestützten Banken jedoch nicht. Kein Cent an Bankenhilfe ist vom Bund geflossen. Das Land Burgenland war bei der Bewältigung der äußerst schwierigen Situation auf sich alleine gestellt und konnte seitens des Bundes auf keine Hilfestellung zurückgreifen.

Wir haben das Bank Burgenland Erbe alleine getragen, die sicherste Lösung für die Zukunft der Bank gesucht und nach klarer Empfehlung der Experten einer der renommiertesten Investmentbanken der Welt, nämlich der HSBC, an die Grazer Wechselseitige Versicherung AG verkauft.

Mit der GRAWE haben wir einen seriösen und wirtschaftlich abgesicherten Vertragspartner gefunden, der die Bank Burgenland wieder zu jährlichen Gewinnen in Millionenhöhe geführt hat. Auch heute stehe ich zu 100 Prozent hinter dieser Entscheidung, dass wir die Bank Burgenland dem Bestbieter und nicht dem Höchstbieter verkauft haben.

-dass wir kein Spekulationsgeschäft mit einem ukrainischen Bieterkonsortium eingegangen sind, sondern an einen seriösen, wirtschaftsstarken Partner verkauft haben.

-dass die Bank Burgenland heute in ruhigen Fahrwassern ist, während inzwischen Milliarden Euro an Bankenhilfen in verschiedene österreichische Bankinstitute geflossen sind.

Die Opposition hat uns immer wieder medial geprügelt und in Frage gestellt, warum nicht zum Höchstpreis an die SLAV verkauft wurde - und ich hoffe, Sie alle haben die Berichterstattung über die SLAV AG genau verfolgt. Die Antwort ist heute klarer und deutlicher denn je: Wir haben die richtige Entscheidung für das Burgenland und alle BurgenländerInnen getroffen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Bei einem Verkauf an die wirtschaftlich unsichere SLAV AG wäre einem Mehrerlös von rund 50 Mio. Euro ein Risiko von bis zu 1.000 Mio. Euro gegenüber gestanden. Eines darf dabei nicht vergessen werden, das Land Burgenland hat heute noch, wie alle anderen Länder europaweit, die Hypos haben beziehungsweise hatten, gegenüber der Bank Burgenland eine Ausfallhaftung von 2.155 Mio. Euro (Stand 31.12.2013). Diese Regelung läuft 2017 aus.

Durch den Verkauf an die wirtschaftlich abgesicherte GRAWE ist dieses Risiko faktisch null.

Mit dem Abschluss der Gerichtsverfahren bezüglich Beihilfe und Rückabwicklung ist das Kapitel Bank Burgenland und damit auch ein Kapitel burgenländischer Geschichte nach über einem Jahrzehnt geschlossen.

All die erwähnten Fakten untermauern meine feste Überzeugung, dass es der absolut richtige Weg war, die Bank Burgenland an die GRAWE zu verkaufen. Nicht nur

weil es die sicherste und beste Lösung war - wie auch der Burgenländische Rechnungshof bestätigt -, sondern auch weil das Land Burgenland vertragstreu mit Handschlagqualität zur GRAWE steht. Auch das muss in der heutigen Finanzwelt noch Platz haben.

Die GRAWE hätte bis zuletzt aufgrund des Vertrages ein Rücktrittsrecht vom Kauf gehabt, da eine staatliche Beihilfe festgestellt wurde. Die GRAWE hat davon nicht Gebrauch gemacht und stand auch weiterhin - trotz der Beihilfenzahlung von 50,8 Mio. Euro - zum Erwerb der Bank Burgen Burgenland.

Gleichzeitig stehen wir zu unserem Wort, das Geld für soziale Zwecke - den Bau des Krankenhauses Oberwart - zu verwenden. Dieses Geld wird sinnvoll in die gesundheitliche Versorgung von Generationen investiert. Es ist der Beitrag zu einem sozialen Kraftpaket, das für einen hohen Gesundheitsstandard der BurgenländerInnen geschnürt wird. Eine Zukunftsinvestition, die über politischen Motiven stehen sollte.  
*(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Die gemeinsame Weichenstellung für das Doppelbudget 2014/2015 fiel bei der Regierungsklausur am 8. Mai 2013. Das Ziel der Landesregierung wurde damals klar definiert: Eine effiziente und nachhaltige Budgetgestaltung zur Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs des Burgenlandes. Bei weiteren Klausuren, die letzte fand am 27. Mai dieses Jahres statt, wurde dieser erfolgreiche Weg bestätigt und zielorientiert weitergeführt.

Mit nachhaltigen Impulsen wollen wir auch weiterhin auf der Überholspur bleiben. Die guten Wirtschaftsparemeter sind weiterer Ansporn für die konsequente Umsetzung des sozialen und wachstumsorientierten Konsolidierungskurses. In Zusammenarbeit aller Ressorts und Regierungsmitglieder.

Konsolidierung und Investitionen in Wachstum sind daher gleichrangige Ziele im Landesbudget 2015. Die Ausgabendynamik wurde, wie bereits erwähnt, seit der Beschreitung des Konsolidierungskurses erfolgreich gebremst. Die zahlreichen Strukturmaßnahmen und gehobenen Einsparungspotentiale sind der Nachweis unseres Bekenntnisses zum sinnvollen Sparen, diese werden 2015 diszipliniert weiter verfolgt. Immer mit der nötigen Balance, da die Einsparungsvorhaben nicht auf Kosten der wichtigen notwendigen Investitionsimpulse für das Wirtschaftswachstum beziehungsweise der Absicherung des Arbeitsmarktes erfolgen dürfen.

Strukturmaßnahmen, die durch Bereiche von ausgegliederten Einheiten betreffen, wurden und werden im Rahmen einer Checkliste in regelmäßigen Regierungsklausuren auf deren Umsetzungsstand, Effizienz und Wirksamkeit untersucht.

Einige der kontinuierlich verfolgten Reformmaßnahmen, wie die Schaffung von „schlanken Verwaltungsstrukturen“ mit größtmöglichem effizienten Einsatz des Verwaltungspersonals in der öffentlichen Verwaltung, aber auch in den ausgegliederten Einheiten, zeigen bereits deutlich ihre ausgabendämpfende Auswirkung oder ziehen zumindest langfristige Einsparungseffekte nach sich. Reformprojekte aus der umfangreichen Agenda der Regierungsmitglieder sind:

- die strategische Neuausrichtung des gesamten Facility-Managements der Landes- und der landesnahen Immobilien;
- die Veräußerung und Neuausrichtung des Landesjugendheimes Altenmarkt;

- die einheitliche Betriebsführung aller Internate mit Verbesserung der Infrastruktur unter dem Titel „Zusammenführen der Internate“ mit gleicher Leistung und einer einheitlichen Preisgestaltung;
- die Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Fachschulen;
- die Kooperation im Bereich des Sachaufwandes der Bezirkshauptmannschaften;
- die restriktive Nachbesetzung des Verwaltungspersonals (mittlerweile eine Einsparung, auf vielen Ebenen und Bereichen, von rund 200 Mitarbeitern);
- die Besoldungsreform mit dem Kernpunkt der Abschaffung der Pragmatisierung im Gemeindebereich.

Unter dem Arbeitstitel „kompetent und rasch agieren“ wird die Verwaltung weiter reformiert, um noch effizienter zu werden. Langfristig ist damit eine dauerhafte budgetäre Entlastung erzielbar. Ebenso werden gemeinsam mit dem Burgenländischen Landtag gesetzliche Maßnahmen auf ihre Reformierbarkeit untersucht bzw. bereits reformiert, so etwa

- das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz (die sogenannte Schotterabgabe);
- Auflösung des landwirtschaftlichen Siedlungsfonds für das Land Burgenland;
- das Burgenländische Tourismusgesetz aus dem Jahr 1992;
- und das Burgenländische Gemeindedienstrecht.

Strukturveränderungen und die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten sollen den schlagkräftigen und zielgerichteten Umgang mit Fördermitteln gewährleisten.

Im Gesundheitsbereich wird mit der Gesundheitsreform Burgenland bis Ende 2016 ein Schwerpunkt auf den ambulanten Bereich gesetzt. Bei den Alten-, Wohn- und Pflegeheimen soll ein einheitliches Tagsatzmodell ebenfalls langfristige Erfolge erzielen. Ein Reformschwerpunkt liegt unter anderem auf der Evaluierung aller Landesbeteiligungen, im Hinblick auf Effizienzsteigerung und Hebung von Synergien.

Viele Vorhaben wurden bereits erledigt. Ein gelungenes Beispiel ist die Fusion von Bewag und Begas zur Energie Burgenland. Die Strompreise werden mit 1. Oktober für einen durchschnittlichen Haushalt um bis zu 5 Prozent gesenkt. Die Geldbörsen der Burgenländerinnen und Burgenländer werden entlastet, die Bevölkerung profitiert damit direkt von der neuen, schlagkräftigen Unternehmensstruktur. Das ist ein spürbarer Beitrag für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Die Energie Burgenland ist nicht nur in der Lage, Einkaufsvorteile im Rahmen der Energie Allianz an die Kunden weiterzugeben, sondern kann auch ihre Position als Ökoenergie-Anbieter Nummer 1 in Österreich immer weiter stärken. Die Energie Burgenland ist „Schrittmacher“ der Energiewende, mit der das Burgenland österreichweit eine Vorreiterrolle übernommen hat.

Ein Blick auf die aktuelle Russland-Ukraine Krise zeigt die Fragilität der internationalen Energiepolitik und unterstreicht die Wichtigkeit der Energiewende. Bis 2020 werden über 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs des Burgenlandes - inklusive Verkehr, Haushalte, Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, Landwirtschaft - aus erneuerbarer Energie bereitgestellt werden. Im Jahr 2050 sollen es 100 Prozent sein. Die Energiestrategie 2020 steckt den Weg zur burgenländischen Energieautarkie und der damit verbundenen Versorgungssicherheit ab.

Die Energie Burgenland zeigt vor, dass eine ökologische Energiepolitik und eine moderate Preisgestaltung im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer und des Wirtschaftsstandortes kein Widerspruch sein müssen. Genauso, wie sinnvolles Sparen und gezieltes Investieren kein Widerspruch, sondern absolut notwendige Synergien sind.

Erfolgreiche Konsolidierung schafft notwendige Freiräume für nachhaltige Investitionen in die Zukunft des Burgenlandes.

Die bei der Erstellung des Doppelbudgets vereinbarten Schwerpunkte der Landesregierung werden 2015 fortgesetzt.

Diese sind

- die Aufrechterhaltung der Wohnbauförderung in voller Höhe;
- die Schaffung von 1.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen jährlich zur Absicherung des Top-Niveaus am Arbeitsmarkt;
- die finanzielle Abdeckung in den Bereichen Gesundheit und Soziales mit besonderem Augenmerk auf die demografische Entwicklung und Gewährleistung der wohnortnahen Versorgung;
- die Ausrichtung auf zukunftsorientierte Bildungsstandards;
- die Umsetzung eines nachhaltigen, den regionalen Gegebenheiten angepassten, Verkehrskonzeptes;
- Investitionen in die Modernisierung der Wirtschaft;
- die Modernisierung des Haushaltswesens durch die Einführung der wirkungsorientierten Haushaltsführung auf Basis der Doppik und die damit einhergehende Haushaltsreform für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit.  
(Beifall bei der SPÖ)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherstellung der Kofinanzierung der EU-Mittel im Zuge des Förderstatus „Übergangsregion“ zur Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwunges. Dem Burgenland werden seitens der Europäischen Kommission als Übergangsregion 72,3 Mio. Euro für den Förderzeitraum 2014 bis 2020 zuerkannt. Hinsichtlich eines neuen Additionalitätsprogramms zur nachhaltigen Absicherung bereits getätigter Förderungsmaßnahmen werden derzeit Gespräche mit der Bundesregierung geführt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wichtige Eckpfeiler für die Erstellung des Landesbudgets sind der Stabilitätspakt beziehungsweise der Finanzausgleich, der die Aufteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden regelt. Aus burgenländischer Sicht enthält der geltende Finanzausgleich vor allem für kleinere Gemeinden bereits viele Verbesserungen durch einen abgeflachteren Bevölkerungsschlüssel, für die Stärkung ländlicher Regionen und gegen Urbanisierung.

Der Burgenländische Landtag hat daher bereits im Vorjahr in seiner Entschließung vom 24. Jänner 2013 betreffend Reform des Finanzausgleichs die Landesregierung aufgefordert, in den Verhandlungen für den kommenden Finanzausgleich dafür Sorge zu tragen, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel weiter abgeflacht wird.

Jene Aufwendungen, die zur Aufrechterhaltung bzw. Herstellung von annähernd gleichen Lebensbedingungen in allen Gemeinden notwendig sind, müssen bei der Zuteilung der Finanzmittel mehr Berücksichtigung finden.

Bei der österreichischen Landesfinanzreferententagung in Bad Tatzmannsdorf am 9. Mai 2014 wurden unter meinem Vorsitz auch einige, für die kommunale Ebene sehr

relevante Beschlüsse, wie etwa zu den Förderungen in der Siedlungswasserwirtschaft, zur Verlängerung des Finanzausgleichs, zum Spekulationsverbot oder zur Transparenzdatenbank, gefasst.

Der von Bundesseite bereits im Regierungsprogramm verankerten Verlängerung des aktuellen Finanzausgleichs um die Jahre 2015 und 2016 wurde in Bad Tatzmannsdorf von Ländersseite zugestimmt.

Nach dem vorgeschlagenen Zeitplan des Bundes sollen ab Herbst 2014 die Gespräche über eine grundsätzliche Reform des Finanzausgleichs (FAG 2017) beginnen. Bis Ende 2015 sollen konkrete Vorschläge ausgearbeitet werden, wobei die Landesfinanzreferenten eine Kerngruppe nominiert haben. Die Gespräche zum laufenden Finanzausgleichsgesetz sollen im Herbst 2014 zum Abschluss gebracht werden und auch alle relevanten 15a-Vereinbarungen bzw. finanzausgleichsrelevanten bundesgesetzlichen Regelungen, insbesondere im Bereich der Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft und der Schutzwasserwirtschaft, zumindest im bisherigen Umfang (100 Mio. Euro beziehungsweise 79 Mio. Euro) verlängert werden.

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Das sind die Vorgaben, die äußeren Einflüsse, auf die wir jedes Jahr aufs Neue bei der Budgeterstellung zu achten und zu reagieren haben. Die Benchmarks im Land stecken wir mit unserer rot-goldenen Budgetpolitik selber ab. Ab 2015 keine Neuverschuldung! Das ist seit 5 Jahren die wesentliche Benchmark für unser Heimatland Burgenland.

Die Neuverschuldung wurde, wie im Finanzplan von Regierung und Landtag beschlossen, Jahr für Jahr sukzessive weiter reduziert. Der Stand der direkten Finanzschulden des Landes beträgt im Jahr 2015 ebenso wie im Jahr 2014 281,0 Mio. Euro. 2015 werden keine neuen Schulden mehr aufgenommen. In ihrem Arbeitsprogramm für die Jahre 2013-2018 hat sich die Bundesregierung vorgenommen, den Stabilitätspakt an den Konsolidierungspfad laut Koalitionsabkommen anzupassen. Wesentlicher Punkt dabei ist die Vorverlegung des Termins für das Erreichen des strukturell ausgeglichenen Saldos auf 2016. Das Burgenland schaffte dies bereits früher als vom Bund vorgegeben.

Das Burgenland zeigt, wie die Schuldenbremse in der Praxis erfolgreich funktioniert. Wir waren Vorreiter und haben die Schuldenbremse bereits gezogen, bevor sie auf Bundesebene auch nur zur Diskussion stand.

Die Konsolidierung konnte sogar noch beschleunigt werden, da die prognostizierte Neuverschuldung im Rechnungsabschluss des Jahres 2012 um 2,0 Mio. Euro und im Rechnungsabschluss des Jahres 2013 um 2,5 Mio. Euro unterschritten wurde. Die Gründe für diese erfreuliche Entwicklung sind unter anderem auf ein effizientes Personalmanagement zurückzuführen und die disziplinierte Handhabung bei der Aufhebung von Kreditsperren, diese liegt bei 12 Prozent.

Ab dem Jahr 2016 wird mit dem Schuldenabbau begonnen. Das wird sicher kein Sonntagsspaziergang, ist aber machbar, weil die gesamte burgenländische Landesregierung weiterhin mit Konsequenz an diesem, im Finanzplan definierten Pfad arbeitet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die erforderlichen Kreditfinanzierungen erfolgen seit dem Jahr 2001 nicht auf dem freien Kapitalmarkt, sondern ausschließlich beim Bund, abgewickelt über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) und bei der burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (BVOG).

2012 gab es eine europaweite Änderung bei der Darstellung des Gesamtschuldenstandes nach Maastricht. Erstmals wurde im Zuge der Vorgaben des

Stabilitätspaktes 2012 der Gesamtschuldenstand des Bundes auf die Länder heruntergebrochen und von der Statistik Austria veröffentlicht. Besonders deshalb, weil diese Darstellung den Gesamtschuldenstand immer wieder von der Opposition zum Thema gemacht, Verschleierung oder mangelnde Transparenz vorgeworfen wird, möchte ich dies zum wiederholten Male erklären und kommunizieren, damit man es ganz sicher weiß.

Die Länder haben sich im Rahmen des Konsolidierungspfades verpflichtet, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Um die Länder untereinander vergleichen zu können, ist diese Darstellung nach Maastricht notwendig. Der Schuldenstand des Gesamthaushaltes inkl. selbsttragender ausgegliederter Einheiten wird im Jahr 2015 rd. 1,05 Mrd. Euro betragen. Das sind um 40 Mio. Euro weniger als 2013.

Diese Darstellung unterscheidet nicht mehr zwischen den

- direkten, echten Budgetzahlen, die auch aus dem Landesbudget zurückbezahlt werden müssen und
- den Schulden der Tochtergesellschaften Wohnbau Burgenland, BLh, BELIG und KRAGES.

Jede dieser Tochtergesellschaften bedient ihre Verpflichtungen selbst und belastet das Landesbudget nicht zusätzlich. Das Land Burgenland hat für die Tochtergesellschaften Haftungen übernommen, um günstigere Zinsen zu erhalten. Ebenso fehlen in der Statistik die Vermögenswerte des Landes und der Tochtergesellschaften, die ein beträchtliches Ausmaß darstellen. Diese werden, anders als bei einer handelsrechtlichen Bilanz, den Schulden, beziehungsweise Haftungen nicht gegenübergestellt.

Die Maastricht Ergebnisse des Burgenlandes sind - in Kenntnis all dieser Fakten - hervorragend. 2013 wäre ein Abgang von 23,8 Mio. Euro erlaubt gewesen. Wir haben einen Maastricht-Überschuss von 57,1 Mio. Euro erwirtschaftet. 2014 ist ein Maastricht-Ziel von 5,4 Mio. Euro zu erreichen. Das Burgenland erwirtschaftet einen prognostizierten Überschuss von 46,3 Mio. Euro. 2015 setzt sich dieser erfolgreiche Trend fort. Die Maastricht-Vorgabe liegt bei 2 Mio. Euro. Das Burgenland wird voraussichtlich einen Maastricht-Überschuss von 59,5 Mio. Euro erreichen.

Die Erfüllung der Maastricht Kriterien war in wirtschaftlich schwierigen Zeiten keine leichte Aufgabe, aber wir haben dieses Ziel mit den rot-goldenen Budgets gemeinsam erreicht. Weil wir unseren sehr ambitionierten Budgetpfad nach den Finanzplan-Vorgaben diszipliniert eingehalten haben. Wir haben so unsere Verpflichtungen dem Bund und der EU gegenüber stets erfüllt, sogar übererfüllt! Und wir werden das auch in Zukunft tun. *(Beifall bei der SPÖ)*

Was ich allerdings schon betonen möchte, ist, dass diese Verpflichtung auch umgekehrt gelten muss. Denn der Bund verfügt über zwei Drittel der Ertragsanteile, während die Länder und Gemeinden sich nur ein Drittel der Ertragsanteile teilen. Trotzdem verursacht der Bund 88% der Schulden. Das sind rund 230 Mrd. Euro – und das ohne ASFINAG und ÖBB. Länder und Gemeinden haben gemeinsam nur zwölf Prozent der Gesamtschulden. Sie sehen daran sehr genau, dass nicht die Länder die Schuldentreiber in diesem Gefüge sind!

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Budget 2015 umfasst rund 3.500 Voranschlagsstellen. Sie sind die Zahlenbausteine für das stabile burgenländische Finanzfundament mit folgenden Eckdaten:

Der Gesamthaushalt 2015 ist ausgeglichen und weist ein Nulldefizit auf.

Im ordentlichen Haushalt stehen Einnahmen in der Höhe von 1.102,2 Mio. Euro Ausgaben in der Höhe von 1.102,2 Mio. Euro gegenüber.

Die Ausgaben im Landesvoranschlag 2015 haben sich gegenüber dem Landesvoranschlag 2014 um 33,6 Mio. Euro erhöht. Die größten Ausgabensteigerungen im Bereich Unterricht, Soziales und Gesundheit konnten durch analog einhergehende Einnahmensteigerungen, sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich und durch eine restriktive Ausgabenpolitik bei den Ermessensausgaben ausgeglichen werden.

Das wirtschaftliche Tief scheint überwunden, denn das Vorkrisen-Niveau bei den Ertragsanteilen wird 2015 erstmals nach 7 Jahren mit geschätzten 513,8 Mio. Euro leicht übertroffen. Somit sind die Ertragsanteile wie in den Vorjahren die wichtigste Einnahmenkomponente des Landes und erreichen eine Ausgabendeckung von 46 Prozent.

Der außerordentliche Haushalt für die Kofinanzierung der EU-Mittel sieht Einnahmen und Ausgaben von 20,2 Mio. Euro vor. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2015 mit 3,8 Mio. Euro ausgeglichen.

Hohes Haus! Dieses Budget ist in rot-goldener Handschrift mit vielen Visionen geschrieben. Lassen Sie mich daher Danke an alle sagen, die Ideen, Kompetenz, konzeptionelle Anstrengung eingebracht und harte Detailarbeit geleistet haben.

Ich möchte mich bei meinen KollegInnen in der Landesregierung herzlich bedanken, die in einem sehr hohen Ausmaß Verständnis aufgebracht und konstruktiv an der Erstellung des Landesvoranschlages mitgearbeitet haben. Allen voran unserem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl für die wertvolle Unterstützung und die vielen entscheidenden Impulse. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Die Zeit der Budgeterstellung ist kein Sonntagsspaziergang, sondern eine herausfordernde Bergtour. Daher gilt mein besonderer Dank meinen MitarbeiterInnen der Finanzabteilung, die jedes Jahr hervorragende Arbeit in dieser besonders arbeitsintensiven Zeit leisten. Das kann ich nur jedes Jahr aufs Neue betonen und mich für die Unterstützung von Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer, Mag. Monika Stiglitz - liebe Monika, herzlichen Glückwunsch zum erfolgreichen Abschluss Deines Studiums – *(Allgemeiner Beifall)* OAR Uschi Feracsak, Hans Halwax und dem gesamten Team bedanken. *(Allgemeiner Beifall)*

Besonders hervorheben möchte ich heuer meine Hauptreferatsleiterin OAR Alice Gaber, die mit mir 15 Landesvoranschläge erstellt hat und sich nun neuen Herausforderungen stellen wird. Du warst mir mit Deinem Wissen und Deiner fachlichen Kompetenz in all den Jahren eine unverzichtbare Beraterin. Alice, danke für Deine hervorragende Arbeit, Dein Herzblut, das Du in jedes einzelne Budget gesteckt hast. Ich wünsche Dir für Deine neue Aufgabe viel Erfolg! *(Allgemeiner Beifall)*

Ein Dankeschön an mein Büro für die wertvolle Unterstützung und auch an alle anderen MitarbeiterInnen dieses Hauses, die an der Gestaltung dieses Landesvoranschlages in den einzelnen Abteilungen mitgewirkt haben.

Ich möchte an dieser Stelle meine Büroleiterin Isabell Strobl besonders hervorheben. Sie hat in mühevoller Kleinarbeit und in vielen Tages- und Nachtstunden recherchiert, an Formulierungen gefeilt, um unsere Überlegungen und Strategien so zu Papier zu bringen, dass sie nicht nur sehr gut lesbar, sondern auch verständlich sind. Das

ist Dir hervorragend gelungen. Liebe Isabell, danke für dieses wirklich gute Werk. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was vor Ihnen liegt, ist ein wichtiges Wegstück für unser Land. Diesen Weg gehen wir im Wissen, eine enorme Verantwortung zu tragen. Eine Verantwortung für alle BurgenländerInnen.

100 Prozent Burgenland und kein Prozent weniger soll auch in Zukunft die Richtschnur für die konkrete, menschliche und gute Budgetpolitik unseres Landes sein.

Dieses rot-goldene Budget ist unser Beitrag zur Weiterentwicklung unseres Heimatlandes. Ich möchte Sie, liebe Damen und Herren Abgeordnete einladen, gemeinsam mit uns 100 Prozent zu geben, um den erfolgreichen Kurs des Burgenlandes fortzuführen.

Ich ersuche Sie, dem Landesvoranschlag 2015 Ihre Zustimmung zu geben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsident Gerhard Steier:** Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten. Die Regierungsvorlagen Zahl 20 - 609, Beilage 1012 und Zahl 20 - 610, Beilage 1013, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag, für den 24. und 25. September 2014 vorgesehen ist.

Bevor ich die heutige Sitzung schliesse, gestatten Sie mir, dass ich Ihnen und Ihren Familien schöne Urlaubswünsche entbiete, speziell erholsame Ferien, wobei ich die Hoffnung hege, dass wir aufgrund des bevorstehenden Wahltermins uns noch des Öfteren in dieser Zeit auch begegnen werden.

Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen und damit die ordentliche Tagung 2013/2014 für beendet.

**Schluss der Sitzung: 17 Uhr 23 Minuten**